

Wahlprüfstein DIE LINKE

PETA Deutschland e.V.
Friolzheimer Str. 3a
70499 Stuttgart

DIE LINKE beantwortet Fragen von PETA zum Tierschutz

Tierschutzgesetz

1. Aufgrund der unzureichenden Gesetzgebung leiden in Deutschland jedes Jahr hunderte Millionen Tiere unter anderem in der Agrarindustrie, in Tierversuchslaboren, auf Pelzfarmen, im Heimtierbereich, in Zoos oder in Zirkusbetrieben.

Wird sich Ihre Partei im Bundestag für eine Novelle des Tierschutzgesetzes einsetzen, um die Bedingungen für die Tiere grundlegend zu verbessern?

Ja. Die LINKE setzt sich für eine Reform des Tierschutzgesetzes ein. Weitergehende Regelungen, die den Umgang mit Tieren zum Gegenstand haben, müssen überdacht werden, um dem Tierschutz als Staatsziel auch gerecht zu werden. Ebenso müssen neue hohe Standards für die Tierhaltung eingeführt werden. Vor allem erforderlich im Rahmen einer Änderung des Tierschutzgesetzes ist ein Verbot von Amputationen in der Nutztierhaltung.

Verbandsklagerecht

2. In sieben Bundesländern existiert bereits ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen.

Wird sich Ihre Partei im Bundestag für ein bundesweites Verbandsklagerecht einsetzen?

Ja. DIE LINKE setzt sich für die gesetzliche Verankerung und vollumfängliche Ausweitung der Verbandsklagerechte für Umwelt-, Natur- und Tierschutzvereinigungen und Einzelne im Sinne der Aarhus-Konvention ein.

Tiere in der Landwirtschaft

3. Die gesetzlich festgelegten Haltungsanforderungen für Tiere in der Landwirtschaft sind ungenügend und bedingen millionenfaches schweres, anhaltendes und systembedingtes Tierleid.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Amputationen bei Rindern, Hühnern und Schweinen zwecks Anpassung der Tiere an die Haltungssysteme schnellstmöglich verboten werden?

Ja. Tiere sind – wie alle Lebewesen – vor unnötigem Schmerz und Leid zu bewahren. Amputationen und Manipulationen, die ausschließlich dazu dienen, die Tiere an gegebene Haltungsbedingungen anzupassen, widersprechen diesem Grundsatz. DIE LINKE spricht sich daher für ein Verbot von tiermedizinisch nicht notwendigen Eingriffe bei Tieren aus.

4. Welche konkreten Maßnahmen sind von Ihrer Partei geplant, um Fehlbetäubungen in Schlachthöfen künftig auszuschließen?

DIE LINKE fordert seit Jahren eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Schlachtfabriken, weil wir darin auch einen wirksamen Hebel für mehr Tierschutz sehen. Wo in prekären Beschäftigungsverhältnissen Akkordarbeit geleistet wird, ist die Fehlerquote hoch und führt zu entsprechenden Unfällen bei Menschen und Tieren. DIE LINKE spricht sich deshalb für einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde aus. Leiharbeit wollen wir abschaffen. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die Tiere vor der Schlachtung angemessen und unabhängig veterinärmedizinisch begutachtet werden und Verstöße bereits auf dieser Stufe gemeldet und geahndet werden. Wir unterstützen die Forderung der Tierärzteschaft nach einer zentralen Tiergesundheitsdatenbank, in der auch die Schlachtbefunde eingehen. Ein Zulassungsverfahren für Tötungstechnik muss endlich gewährleisten, dass sicher und tierschutzgerecht getötet wird. Grundsätzlich müssen aber vor allem die Ursachen vieler Tierschutzprobleme behoben werden, wozu auch der massive Kostendruck durch die Marktübermacht von Handels- und Schlachthofkonzernen zählt.

5. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Zucht von Tierrassen, die als Folge der Zuchtmerkmale im Laufe ihres kurzen Lebens massive gesundheitliche Beeinträchtigungen entwickeln (sog. Qualzuchten), verboten wird?

Ja. Tiere mit Qualzuchtmerkmalen sollten zumindest von Ausstellungen und Prämierungen ausgeschlossen werden. DIE LINKE fordert, dass der Qualzucht-Paragraph endlich juristische Anwendung findet. Soweit nötig muss die Konkretisierung der Rechtsgrundlagen zu mehr Rechtssicherheit und sicherem Gesetzesvollzug beitragen.

6. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das Töten von männlichen Küken (sog. Eintagsküken) verboten wird?

DIE LINKE will die Praxis der massenhaften Tötung männlicher Eintagsküken beenden. Unter den Alternativen favorisieren wir das Zweinutzungshuhn mit einer ausgewogenen Fleisch- und Legeleistung, weil so nicht nur das Kükentöten vermieden, sondern auch mehr Tierwohl erreicht wird. Auch die Aufzucht und Vermarktung der Brüder der Legehennen ist ein akzeptabler Weg. Zwei bis vier Cent mehr pro Ei als Querfinanzierung der Hälfte der Mehrkosten ist ein verkraftbarer Beitrag für mehr Tierschutz.

7. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Schlachtung trächtiger Tiere (Ziegen, Schafe u.a.) verboten wird?

DIE LINKE hat das gerade erlassene Verbot der Schlachtung trächtiger Tiere unterstützt. Aus unserer Sicht war es richtig, dass Schafe und Ziegen vom Verbot zunächst ausgenommen werden, weil die zweifelsfreie Trächtigkeitsbestimmung bei den gegenwärtigen Haltungssystemen schwieriger und deshalb mit Mehrkosten verbunden ist. Zudem steht gerade die Schaf- und Ziegenhaltung trotz der allgemeinen gesellschaftlichen Anerkennung unter starkem wirtschaftlichem Druck. Mittelfristig brauchen wir jedoch auch hier eine Lösung, die den Betrieben und dem Tierschutz gleichermaßen Rechnung trägt.

8. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die mit Schmerzen und Todesangst einhergehende Schlachtbetäubung mit Kohlendioxid verboten wird?

In der Auseinandersetzung um die Ferkelkastration hat DIE LINKE frühzeitig für einen Ausstieg bei gleichzeitiger wissenschaftlicher Analyse der möglichen Alternativen geworben. Die Kohlendioxid-Betäubung sehen wir kritisch. Unter den aktuell diskutierten Möglichkeiten favorisiert DIE LINKE die Ebermast. Wo die Ferkelkastration auch weiterhin zur Anwendung kommt, muss eine schmerzausschaltende Betäubung gewährleistet werden. DIE LINKE hält es generell für unerlässlich, Nutztierbestände integriert tierärztlich betreuen zu lassen. Dazu gehört, dass die tierschutzgerechte Betäubung in der Hand der Tierärzteschaft bleibt. Zugleich muss sichergestellt werden, dass die Mehrkosten für die tierärztliche Betreuung nicht nur vom tierhaltenden Betrieb, sondern von allen Teilen der Wertschöpfungskette getragen werden. Kostendeckende Erzeugerpreise müssen sowohl ein angemessenes Einkommen für das Betreuungspersonal als auch den Tierschutz sichern.

9. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die landwirtschaftliche Haltung von Wasservögeln wie Enten und Gänsen nur noch mit einem der Natur der Tiere entsprechenden Zugang zu einer Wasserfläche erlaubt sein wird?

Ja. DIE LINKE spricht sich seit langem für die notwendige Erweiterung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung um die fehlenden Nutztierarten aus. Grundlage aller Festschreibungen der Haltungsbedingungen von Nutztieren müssen dabei selbstverständlich die in § 2 TSchG genannten Grundsätze sein. Zeitweise Einschränkungen oder Verbote des Zugangs zu offenen Wasserflächen, z. B. in Tierseuchensituationen, müssen in besonderer Weise als angemessen und zielführend begründet sein und sind auf absolut unvermeidliche Fälle zu beschränken.

10. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die tierquälerische Haltung von sogenannten Zuchtsauen in Kastenständen schnellstmöglich verboten wird?

DIE LINKE sieht die Haltung von Sauen in Kastenständen grundsätzlich kritisch und will einen Ausstieg, der diese Haltungsform auf unabweisliche Situationen beschränkt. Es wäre allerdings kontraproduktiv, den Kastenstand nur zu verbieten. Ein Verzicht auf den Kastenstand und die Einführung freier Abferkelungssysteme erfordert Umbaumaßnahmen in den Ställen, für die es finanzielle Unterstützung sowohl vom Staat als auch von der gesamten Wertschöpfungskette geben muss. DIE LINKE versteht das Magdeburger Urteil sowie dessen Bestätigung durch das Bundesverwaltungsgericht als klaren Auftrag, bundeseinheitliche gesetzliche Regelungen zu schaffen, z. B. durch die Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Auch die Vollzugsbehörden in den Landkreisen brauchen eine verlässliche gesetzliche Grundlage zum Handeln. Wir unterstützen das „dänische Modell“, wonach die Sauen nur wenige Tage lang vereinzelt in Kastenständen verbleiben, und teilen den entsprechenden Beschluss der Agrarministerkonferenz Ende März 2017 in Hannover.

11. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die noch immer weit verbreitete lebenslange Anbindehaltung von Rindern schnellstmöglich verboten wird?

Ja. DIE LINKE setzt sich für ein Verbot der Anbindehaltung von Rindern und Kühen ein, wobei zuerst der Ausstieg aus der ganzjährigen Anbindehaltung kommen muss. Fördermittel, auch aus den Agrarförderinvestitionsprogrammen, sollten explizit den Ausstieg aus dieser Haltungsform unterstützen.

Tierversuche

12. Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Schmerzen für die Tiere verbunden, während die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen und die wissenschaftliche Aussagekraft höchst umstritten sind.

Welche konkreten Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch zu fördern?

DIE LINKE setzt sich für die Einschränkung von Tierversuchen durch die Stärkung der Forschung und Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch sowie ein Verbot aller bereits vollumfänglich ersetzbaren und medizinisch nicht notwendigen Tierversuche ein. Dafür ist ein Konzept notwendig, welches als langfristiges Ziel den Verzicht auf Versuchstiere für die wissenschaftliche Forschung bei gleichzeitigem Ausbau der Förderstrukturen für alternative Methoden beinhaltet. Dazu gehört beispielsweise die Umverteilung von Forschungsmitteln zugunsten der Weiter- und Neuentwicklung tierversuchsfreier Methoden, die Ausweitung von Lehre und Forschung einer tierverbrauchsfreien Wissenschaft aber auch die Einführung von Kontrollmaßnahmen, die eine Zunahme tierverbrauchsfreier Verfahren sowie die Abnahme aller durchgeführten Tierversuche dokumentieren und die nachträgliche Bewertung aller durchgeführten Tierversuche sowie Archivierung und öffentliche Nutzbarmachung der gesammelten Daten ermöglichen. (siehe dazu auch Drs.: 18/724).

13. Wird sich Ihre Partei für die verpflichtende Anwendung von modernen Alternativmethoden für Sektionsübungen an Universitäten und Schulen einsetzen?

DIE LINKE setzt sich für die Ausweitung von Lehre und Forschung einer tierverbrauchsfreien Wissenschaft in Form von tierversuchsfreien Studiengängen in den Lebenswissenschaften, verbunden mit der Einrichtung von Lehrstühlen und Professuren für tierverbrauchsfreie Verfahren ein. Darüber hinaus fordern wir die Erarbeitung eines Handbuchs zur ethischen Vertretbarkeit von Tierversuchen nach einheitlichen Kriterien bei der Zulassung von Tierversuchen sowie dafür zu sorgen, dass Tierversuche in Aus-, Fort- und Weiterbildung zukünftig der Genehmigungspflicht unterliegen.

Jagd

14. Gemäß Bundesjagdgesetz sind zahlreiche tierschutzwidrige Jagdpraktiken wie die Fallenjagd, die Baujagd, die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren erlaubt, ebenso wie die Tötung von Tierarten, für deren flächendeckende Bejagung kein vernünftiger Grund vorliegt, wie beispielsweise bei Füchsen, Iltissen oder zahlreichen Vogelarten sowie bei bedrohten Tierarten wie Feldhasen oder Rebhühnern.

Wird sich Ihre Partei für eine grundlegende Novelle des Bundesjagdgesetzes einsetzen, damit der Tierschutz künftig Berücksichtigung findet?

Ja. DIE LINKE spricht sich dafür aus, dass im Bundesjagdgesetz das gesellschaftspolitische Ziel der Jagd als Beitrag zu einer möglichst naturnahen Wald, Land- und Fischereiwirtschaft formuliert und das Prinzip Wald und Wild konsequent verankert wird. Außerdem möchte DIE LINKE auch die Jagdausbildung stärker an den gesellschaftspolitischen Anforderungen im Sinne einer naturnahen Waldbewirtschaftung ausrichten und die Themen Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Ökologie und Waldbau stärken. Bundeseinheitliche Vorgaben zum Schießübungsnachweis im Rahmen der Jäger_innenprüfung sowie zur Verlängerung des Jagdscheines sind aus Sicherheitsgründen zu begrüßen.

Desweiteren verweist das Bundesjagdgesetz bislang lediglich auf die allgemein anerkannten Grundsätze deutscher Waidgerechtigkeit, während der dahinter stehende Kanon an Regeln und Normen bisher nicht rechtsverbindlich festgeschrieben ist. Um die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd zu erhalten, sind aus unserer Sicht sachliche Diskussionen zum Regelwerk notwendig.

15. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die flächendeckende Bejagung von Tierarten, für die - wie beispielsweise bei Füchsen - kein vernünftiger Grund vorliegt oder die in ihrem Bestand gefährdet sind, verboten wird?

DIE LINKE vertritt den Ökosystemansatz für die Jagd, also das Prinzip „Wald und Wild“, was eine enge, konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Flächennutzer_innen voraussetzt. Dabei darf für DIE LINKE Jagd kein Selbstzweck sein, sondern bedarf auch das Töten von Wildtieren nach Tierschutzgesetz eines vernünftigen Grundes. Füchse gehören nach Bundesjagdgesetz zu den jagdbaren Arten. Ihre günstige Populationsentwicklung, die u.a. auch auf den einfachen und hohen Futterzugriff im ländlichen wie im urbanen Raum zurückzuführen ist, und die wenigen natürlichen Feinde, sind aus unserer Sicht hinreichende Gründe für ihre Bejagung, zumal hohe Fuchsbesätze auch die Probleme der Bodenbrüter und des Niederwilds verstärken.

16. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Fallenjagd verboten wird?

Die Jagd ist in erster Linie als Korrektiv zu fehlenden Prädatoren zu sehen. Daraus ergibt sich auch die Liste der jagdbaren Arten. In Zukunft sollten nur noch die Arten als jagdbar eingestuft werden, deren Bestand nachweislich gesichert ist. Nichtheimische

Arten sind verstärkt zu bejagen. Das entspricht dem Natur- und auch dem Tierschutzgedanken. Dabei gilt auch hier der Grundsatz, dass den Tieren keine unnötigen Leiden zugefügt werden dürfen. Aus diesem Grund sind unsichere und unspezifische Jagdmethoden, wie die Fallen- oder Baujagd oder auch die Jagd mit Schrot, sehr kritisch einzuschätzen.

17. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Abschuss von Katzen und Hunden verboten wird?

DIE LINKE will den Abschuss von Katzen und Hunden grundsätzlich verbieten, die jetzt schon bestehenden Ausnahmen nach dem Tierseuchenrecht und aus Erwägungen des Artenschutzes jedoch erhalten. Daneben sollte für auffällig gewordene Hunde die zuständige Jagdbehörde über einen Antrag zum Abschuss Einzelfallentscheidungen treffen.

18. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Baujagd verboten wird?

Auch bei der Jagd gilt der Grundsatz, dass den Tieren keine unnötigen Leiden zugefügt werden dürfen. Aus diesem Grund bedeutet die Fallen- oder Baujagd eine besonders hohe Verantwortung, ist aber in bestimmten Fällen unverzichtbar, z. B. bei der Jagd auf invasive Arten. Eine Aufnahme eines Sachkundenachweises und zertifizierter Fallen sind geeignet, die Tierschutzgerechtigkeit zu sichern.

Heimtiere

19. Außer für Hunde ist die Haltung der etwa 31,6 Millionen Heimtiere in Deutschland kaum gesetzlich geregelt. Neben der Privathaltung finden sich massive Tierschutzprobleme auch im Bereich des Handels sowie hinsichtlich exotischer Tiere.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Handlungsverordnungen für sämtliche im Heimtierbereich gehaltenen Tierarten zu schaffen?

DIE LINKE fordert unter anderem die Einführung einer Positivliste für Tiere, die generell im Privathaushalt gehalten werden können. Solch eine Liste sollte dementsprechend auch Kriterien des Tier-, Natur- und Artenschutzes sowie des möglichen Gefahrenpotentials gegenüber Menschen und anderen Tieren berücksichtigen. Der Import der Tiere sollte vorab streng nach oben genannten Kriterien geprüft und ggf. erteilt oder verweigert werden. Darüber hinaus ist eine Sachkundeprüfung für die Halterinnen und Halter aus unserer Sicht unbedingt notwendig.

20. Wird sich Ihre Partei für ein umfassendes Verbot der Privathaltung exotischer Tiere einsetzen?

siehe Antwort zu Heimtieren

21. Wird sich Ihre Partei für ein bundesweites Kastrationsgebot für Freigängerkatzen einsetzen?

Um dem Problem einer ausufernden Katzenpopulation sinnvoll zu begegnen, spricht sich DIE LINKE für die Einführung eines Anreizsystems zur Förderung der Kastration von Hauskatzen aus und befürwortet die Kastration von streunenden und verwilderten Katzen, verbunden mit einer gesetzlichen Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle Hauskatzen. Diese ist mit der modernen Chiptechnik problemlos möglich und böte die Möglichkeit, sowohl die unkontrollierte Vermehrung der Tiere als auch die kriminelle Entsorgung von Katzen durch Aussetzen einzudämmen.

22. Wird sich Ihre Partei für einen verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter (sog. Hundeführerschein) einsetzen?

Die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter halten wir sowohl für zukünftige Hundebesitzer als auch hinsichtlich einer artgerechten Haltung der Hunde für sinnvoll.

23. Wird sich Ihre Partei für ein Zuchtverbot von Tierrassen einsetzen, die aufgrund ihrer Zuchtmerkmale unter gesundheitlichen Einschränkungen (sog. Qualzuchten) leiden?

DIE LINKE fordert für alle Tiere die konsequente Umsetzung des Verbotes der Qualzucht aus § 11b Tierschutzgesetz.

Pflanzliche/tierische Nahrungsmittel

24. Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau, was neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten fördert. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den

umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

Wie bewertet Ihre Partei die Problematiken, die mit der Produktion und dem hohen Konsumniveau tierischer Nahrungsmittel einhergeht?

DIE LINKE kritisiert, dass durch die Exportstrategie der Bundesregierung bei Fleisch und Fleischprodukten eine umweltschädliche Fleischproduktion in Deutschland befördert wird, selbst wenn in Deutschland weniger Fleisch konsumiert wird. Ernährung bedeutet Genussvielfalt, Selbstbestimmung, kulturelle Identität und vieles mehr. Dazu gehört Fleisch ebenso, wie die Entscheidung sich vegan ernähren zu wollen. Der hohe Fleischkonsum in Deutschland wird auch durch den Preisdruck der marktmächtigen Supermarktkonzerne verursacht. Das geht zu Lasten der Erzeuger sowie der Beschäftigten in der Fleischindustrie und im Handel, aber auch des Tierschutzes und der Umwelt. Wir setzen uns für eine ökologisch verträgliche, tierschutzgerechte und sozial faire Erzeugung und regionale Vermarktung ein.

25. Sind von Ihrer Partei Maßnahmen geplant, eine ausgewogene Ernährung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu fördern bzw. den Konsum tierischer Nahrungsmittel - etwa durch ein erhöhtes Angebot an veganen Gerichten in öffentlichen Einrichtungen - in der Bevölkerung zu senken?

In Kitas und Schulen sowie in anderen öffentlichen Einrichtungen, die Verpflegung anbieten (Unis, Krankenhäuser, Altenheime, Reha-Kliniken, JVs, Bundeseinrichtungen), sollten Lebensmittel aus ökologischem und vorrangig regionalem und saisonalem Anbau angeboten werden. Dabei sollte das Angebot von täglich mindestens einem vegetarischen oder veganen Menü in allen öffentlichen Einrichtungen selbstverständlich sein. In Lehrküchen von Schulen und Kitas sollte es auch um das gemeinsame vegane und vegetarische Kochen gehen.

26. Wie steht Ihre Partei zu einer Anpassung des subventionierten Mehrwertsteuersatzes für tierische Produkte auf 19 %, wie es vom Umweltbundesamt hinsichtlich des Klima- und Umweltschutzes vorgeschlagen wurde?

Der reduzierte Mehrwertsteuersatz gilt für alle Nahrungsmittel. Damit sollen bezahlbare Lebensmittel gesichert werden. Das hält DIE LINKE für gerechtfertigt. Es sollte aber darüber nachgedacht werden, inwieweit vegane Milchalternativen mit der tierischen Milch hinsichtlich des reduzierten Mehrwertsteuersatzes gleichgestellt werden müssen. Eine Fleischsteuer lehnt DIE LINKE als sozial ungerecht ab, denn sie trifft unverhältnismäßig stark ärmere Bevölkerungsschichten. Auch zweifeln wir aufgrund der Exportorientierung der deutschen Landwirtschaft an einer Lenkungswirkung. Es sollte darüber nachgedacht werden, Obst und Gemüse bzw. vegetarische und vegane Produkte steuerlich besser zu stellen. Bedingung hierfür wäre jedoch, dass diese sozial und ökologisch nachhaltig produziert werden.

Tiere in Zoos

27. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat im Mai 2014 mit dem „Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ ein überarbeitetes Regelwerk für die Haltung von Säugetieren in Zoos veröffentlicht. In vielen Zoos ist die vollumfängliche Umsetzung dieser wichtigen Tierschutzrichtlinien auch nach über drei Jahren nicht zu erkennen.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, das „Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ in eine rechtsverbindliche Verordnung zu überführen?

Ja. Mit der Überarbeitung des Säugetiergutachtens von 2014 wurde ein Schritt in die richtige Richtung getan, jedoch besteht auch hier aus Sicht der LINKEN weiterhin Handlungsbedarf. Ein wesentlicher Kritikpunkt besteht darin, dass das Gutachten keinerlei rechtlich verpflichtenden Charakter hat, sondern lediglich als Empfehlung zu verstehen ist. Eine art- und tierschutzgerechte Haltung von Tieren wird jedoch nur durch rechtlich verbindliche Regelungen durchzusetzen sein.

28. Befürwortet Ihre Partei die Erstellung eines Maßnahmenplans, um die Mindestanforderungen des BMEL aus dem Jahr 2014 schnellstmöglich in allen Zoos und Tierparks umzusetzen?

Ja.

29. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, die Zoonhaltung besonders sensibler Tierarten wie beispielsweise Menschenaffen, Delfine oder Eisbären, die nachweislich unter einer Gefangenschaft leiden, mittels eines Nachstellverbots auslaufen zu lassen?

Die Haltung mancher Arten sollte sorgfältig geprüft werden: Etwa, ob in unserem Klima die Eisbärhaltung tiergerecht durchführbar ist. Delfinarien sind zu verbieten: Ein bedeutender Teil der wissenschaftlichen Literatur zeigt auf, dass deren Haltung in Bassins tiergerecht nicht möglich ist.

Tiere in Zirkussen und Ponykarussells

30. Die Haltung von Tieren in Zirkusbetrieben kollidiert aufgrund der ständigen Transporte, den systembedingt beengten Haltungsbedingungen, vor allem in den Innenstädten, sowie der in der Regel mit Peitsche, Stock oder Elefantenhaken ausgeübten Dressur mit dem Tierschutzgedanken.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot sämtlicher Tierarten im Zirkus einsetzen?

Falls Nein: Welche Tierarten möchte Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode im Zirkus verbieten?

Ja. DIE LINKE unterstützt die Forderung eines Verbots zur Haltung wild lebender Tierarten im Zirkus und hat dazu im Bundestag einen entsprechenden Antrag eingebracht (siehe hierzu Drs. 18/12088).

31. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die „Leitlinien Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen“ (BMEL) zu überarbeiten und in eine rechtsverbindliche Verordnung zu überführen?

Ja. Siehe Antwort auf Frage 30

32. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sog. Ponykarussells, bei denen Ponys stundenlang im Kreis laufen müssen, verboten werden?

Ja. Siehe Antwort auf Frage 30

Pelzdeklaration

33. Die vorgeschriebene Kennzeichnung für Pelzbekleidung lautet: „Enthält nichttextile Teile tierischen Ursprungs“.

Verbraucherverbände kritisieren die irreführende und intransparente Deklarationswortwahl als nicht ausreichend, um dem Konsumenten eine eindeutige Identifikation und Herkunft des Kleidungsstücks zu ermöglichen.

Wie wird sich Ihre Partei auf nationaler und EU-Ebene dafür einsetzen, dass Pelzbekleidung nach Schweizer Vorbild mit der Tierart, Herkunft und Haltungsform detailliert gekennzeichnet wird?

DIE LINKE unterstützt die Kennzeichnung sowie die Kontrolle von Artikeln, in denen Pelz oder Kunstpelz verarbeitet wurde, um Verbraucherinnen und Verbrauchern eine bewusste Kaufentscheidung zu ermöglichen. Falschdeklaration führt dazu, dass Verbraucherinnen und Verbraucher getäuscht werden.

Pelzhandelsverbot

34. Der Bundesrat sieht in seiner Begründung für die Forderung nach einem Pelzfarmverbot angesichts der Verfügbarkeit hochwertiger Kunstpelze und anderer tierfreundlicher Kleidungsmaterialien keinen „vernünftigen Grund“, Tiere für Pelz zu töten. In der EU ist der Handel mit Pelzen von Robben, Hunden und Katzen bereits untersagt. Weltweit existieren in einigen Städten Pelzhandelsverbote. Im israelischen Parlament ist ein Gesetzesentwurf für ein nationales Pelzhandelsverbot in der Vorbereitung.

Wird sich ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für ein generelles Pelzhandelsverbot einsetzen?

Ja. Die LINKE tritt für ein Verbot der Pelztierhaltung in Deutschland ein. Die Produktion von Luxusgütern aus Tieren, lehnt DIE LINKE ab. Bei einem sofortigen Verbot der Pelzfarmen wäre der Verbleib der Tiere jedoch ungewiss. Daher sollte ein Verbot der Pelztierhaltung mit einer Übergangsfrist von maximal 2 Jahren erfolgen.

Bildung und Tierschutz

35. Die Schulen haben einen Bildungsauftrag im Lehren und Lernen. Die Vermittlung von umfassendem Wissen und Können gehört ebenso dazu wie die Wertevermittlung. Nur so können aus Kindern mündige Bürger werden, die sich mitverantwortlich in die Gesellschaft einbringen. Tiere als fühlende und leidensfähige Mitgeschöpfe zu begreifen, ist für Kinder ein wichtiger Schritt, um sich selbst im Gefüge der Welt bewusst zu verorten und das empathische Handeln als Weltbürger einzuüben.

Plant Ihre Partei, das Thema Tierrechte im Bildungsauftrag zukünftig als festen Bestandteil mit aufzunehmen?

Zu diesem Punkt hat DIE LINKE noch keine abschließende Position.